

Zeichen für die Demokratie gesetzt

Biebesheimer Gemeindevertretung verabschiedet Resolution / Sechs CDU-Mitglieder stimmen dagegen

Von Dirk Winter

BIEBESHEIM. Als Vorsitzender des Biebesheimer Parlaments macht Hans-Georg Krings (SPD) das, was ihm die Hessische Gemeindeordnung aufgibt: die Gemeindevertretung (GV) zu leiten und zu repräsentieren, ihr Arbeiten gerecht und unparteiisch zu fördern. Einmal aber platzte es in der Parlamentssitzung am Dienstagabend aus ihm heraus: „Das ist nicht das Ergebnis, das ich mir gewünscht habe.“

Gerade hatten die Parlamentarier eine Resolution zum „Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ verabschiedet – und sechs von ihnen, alle aus der CDU-Fraktion, hatten dagegen gestimmt. Ein weiterer Christdemokrat votierte indes mit SPD, Grünen und Freien Wählern, den drei Antragstellern der interfraktionellen Stellungnahme. Auch Bürgermeister Marcus Rahner (CDU) betonte: „Ich unterstütze die Resolution zu 100 Prozent“.

Es geht den Initiatoren, wie sie einleitend schreiben, um ein Eintreten für „den Erhalt unserer Demokratie, für die Achtung von Menschen mit Migrationshintergrund, für die Freiheit, für die Vielfalt und für ein gemeinsames friedvolles Leben“. In diesem Sinne wolle man ein Zeichen setzen gegen „jegliche Form des politischen Extremismus“.

Weder rechts- noch linksextreme Strömungen, sowohl im parlamentarischen als auch im außerparlamentarischen Raum, seien zu verharmlosen oder zu tolerieren. Genau darauf legt auch die CDU großen Wert, wie Gerhard Geipert deutlich machte. Dennoch kritisierte der Fraktionsvorsitzende den Resolutionstext scharf.

Geipert verlas eine eigene Stellungnahme der CDU-Fraktion. Den Initiatoren des Resolutionsantrags warf er vor, einseitig die AfD ins Visier zu nehmen und Wählerschelte zu betreiben. Ursula Hammann und Albert Lautenschläger (beide Grüne)



Die Biebesheimer Gedenkmenora am Anglerweg, Ecke Rheinstraße gedenkt jüdischen Mitbürgern und erinnert an die NS-Zeit von 1933 bis 1945. Die Biebesheimer Resolution zum „Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ verweist auf ein Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam, wo Pläne für eine massenhafte Abschiebung von Menschen ausländischer Herkunft geschmiedet wurden, und zieht „Parallelen zu den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte“.

Foto: Robert Heiler

wiesen diese Vorwürfe unisono zurück.

Hintergrund der parlamentarischen Initiative ist das vom Recherche-Netzwerk „Correctiv“ aufgedeckte Treffen von Rechtsextremisten im November 2023 in Potsdam. Dort wurde unter anderem von „Remigration“ gesprochen: Gemeint ist eine massenhafte Abschiebung von Menschen ausländischer Herkunft. „Solche Deportationspläne weisen erschreckende und unverkennbare Parallelen zu den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte auf“, heißt es in der Resolution. „Wer solche Pläne schmiedet, wendet sich gegen alle Prinzipien, auf denen unser Zusammenleben und die freiheitlich-demokratische Grundordnung basieren.“ Ganz abgesehen davon, dass Wirtschaft, Wissenschaft und das Gesundheits- und Pflegesystem „massiv geschädigt“ würden. Geipert verwies auf Wahl-

analysen, wonach es sich bei den Wählern der AfD und anderer extremistischer Parteien überwiegend um Menschen handele, die von der Politik der traditionellen Regierungsparteien enttäuscht seien. „Probleme und gesellschaftliche Entwicklungen werden nicht konsequent einer Lösung zugeführt, sondern ausgesessen oder verschleppt“, so Geipert.

Der Christdemokrat nannte besonders „ungesteuerte und das Land überfordernde Migration“. Politischen Extremismus klein zu halten, dagegen hilft nach Geiperts Einschätzung nur, „eine bessere, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik zu machen“. Zu dieser Thematik heißt es im beschlossenen Resolutionstext: „Nicht Populismus und Hetze lösen Fragen, sondern nur sachgerechte Lösungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt.“

Bürgermeister Rahner berich-

tete von einer Sitzung im Heimatmuseum, zu der Vertreter aller Fraktionen mit ihm, dem Verwaltungschef, und Krings zusammengekommen waren.

Weitere Aktionen und Veranstaltung geplant

Man sei sich einig gewesen, dass die Resolution der Einstieg für weitere Aktionen sein soll, Demokratie in Biebesheim sichtbar zu machen. Dies solle in eine große Veranstaltung am 15. September anlässlich des „Tags der Demokratie“ im Innenhof des Museums münden.

Klaus Götz (Freie Wähler) stellte in dieser Gesprächsrunde im Museum eine „relativ einheitliche Gesinnung“ der Teilnehmer fest. Tags darauf sei per E-Mail ein erster interner Resolutionsentwurf verteilt worden. Eine Endfassung sollte dann bei einem Folgetermin im Vorfeld der Ausschusssitzung am 20.

Februar (Bau, Umwelt und Soziales) erarbeitet werden: „Da hätte man dann ausgiebig diskutieren können.“ Doch die CDU-Fraktion habe unentschuldig gefehlt.

Wie Ursula Hammann erklärte, hätten sich die Christdemokraten auch seither nicht an der Diskussion beteiligt, sondern hätten den anderen Fraktionen lediglich ihre Stellungnahme zugeschickt. Diese sei aber in den Resolutionsentwurf eingearbeitet worden: „Nur Dopplungen haben wir weggelassen.“ Die Grünen-Fraktionsvorsitzende bot der CDU an, ihnen in einer auch von Krings angeregten Sitzungspause diese eingearbeiteten Textpassagen zu zeigen: „Vielleicht können Sie sich ja doch noch dazu durchringen, diesen Text zu unterstützen, damit wir ein gemeinsames Signal aussenden können.“ Dieses Gesprächsangebot nahm die CDU-Fraktion nicht an.